

Meinungen von den Bundesratsparteien zur Bildungspolitik

Die Kommission für Bildungspolitik KBP hat nachgefragt

Man schrieb noch das Jahr 2003 und ein politisches Erbeben war soeben durch die Schweiz gerollt, nachdem der Mann vom Herrliberg und seine Parteikollegen klare Führungsansprüche in der Eidgenössischen Exekutive angemeldet und von der Vereinigten Bundesversammlung auch bekommen hatten. In diesem neuen Umfeld war es für die KBP deshalb höchste Zeit, den Bundesratsparteien mal ein wenig den bildungspolitischen Puls zu fühlen. Besonders brannte natürlich die Frage unter den Nägeln, ob die SVP mit dem soeben parlamentarisch erlangten Schwung gar mit bildungspolitischen Visionen eine neue Offensive einleiten und den Studienplatz Schweiz wieder an die Spitze der Welt bringen würde. Nachdem man einen ganzen Sommer lang im Parlament um BFT Million gestritten hatte («civitas» 5/6-2003) und Bildungspolitik im Wahlkampf um Sitze im Parlament bei den meisten Parteien leise vor sich hin köchelte («civitas» 1/2-2004), wollten wir von den Parteileitungen einmal direkt erfahren, was sie denn mit der Bildungspolitik zu tun gedenken. In diesem Sinne schickte die KBP einen Brief an die Parteisekretariate sämtlicher Bundesratsparteien mit der Bitte um Stellungnahme zur Schweizer Bildungspolitik.

Funkstille bei der SP

Die Parteizentrale der SP glänzt damit, dass sie der KBP keine Antwort zurückschreibt. Wir gehen an dieser Stelle deshalb nicht weiter auf die SP ein, da der gut informierte Leser ihre Position auch aus der Tagespresse einschätzen kann.

CVP und FDP wollen investieren

Die Briefe der beiden Mitteparteien im Bundesrat sprechen sich beide gleich zu Beginn für Investitionen im Bildungsbereich aus. Elias Welti, wissenschaftlicher Mitarbeiter der CVP Schweiz, führt zu deren Begründung die steigenden StudentInnenzahlen, die Bologna-Umsetzung und die Integration der Gesundheits-, Sozial und Kunstberufe in die Fachhochschulen ins Feld, und merkt weiter an, dass die Bildungsausgaben unter

Ruth Dreyfuss jahrelang stagnierten, währenddem sie das Geld für Pflasterlipolitik in den Sozialaufgaben statt Impulsen im Bildungsbereich einsetzte. Christian Weber, Pressechef der FDP Schweiz und als ehemaliger Assistent selber bestens mit den Verhältnissen an den Unis vertraut, weist aber darauf hin, dass die heutigen finanziellen Mittel nicht optimal eingesetzt werden und zuviel Geld in Doppelspurigkeiten statt in akute Probleme wie zum Beispiel Verbesserung der Betreuungsverhältnisse investiert wird. Sein CVP Kollege spricht in diesem Sinne vor einer Trendumkehr, warnt aber davor, dass trotzdem nicht alles Wünschbare auch machbar sei.

SVP setzt auf praxisbezogene Bildung

Thomas Porchet, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Zentralsekretariat der SVP Schweiz, erörtert in einem langen und engagierten Brief zuerst die Frage, ob denn das Bildungssystem in der Schweiz wirklich so gut sei, wie wir das Gefühl haben, wenn man schon nur mal die Aufwendungen anschaut für vorbereitende Kurse, Nachhilfestunden, usw. Auch sei Bildung nicht mit universitärer Bildung gleichzusetzen, denn die Schweiz kennt gerade auch die praxisbezogene Ausbildung, welche sich seit Jahrzehnten bewährt hat und mit den Fachhochschulen weiter gefördert wird. Für die Zukunft sieht er, dass möglicherweise – und auf die Betonung dieses Wortes legt er Wert

– die Volksschulen wieder mehr lehrende statt erzieherische Aufgaben wahrnehmen, eine gesamtschweizerische Vereinheitlichung der Matur sowie eine Konzentration der Mittel und Angebote an den Universitäten erfolgt.

Fazit

Die Reaktionen der drei bürgerlichen Bundesratsparteien sind alle drei recht nüchtern und pragmatisch gehalten. Wichtigster Unterschied ist die klare Bekennung der Mitteparteien zu Mehrinvestitionen im Bildungsbereich, auch wenn dieser unter Vorbehalten geschieht, während Porchet von der SVP die Nützlichkeit von Bundesausgaben in der Bildung eher relativiert und Strukturreformen thematisiert. Die Antworten in allen drei Briefen sind somit kaum zu vergleichen mit den Äusserungen einzelner Parteioxponenten, welche uns durch die Presse zugetragen werden. Bedenkt der quellenkritische Geist aber, dass Briefe an eine Lobbygruppierung mit einer anderen Absicht geschrieben werden als eine Blickschlagzeile, so mag auch dieser Befund kaum zu verwundern. Egal, ob die bildungspolitischen Debatten der Zukunft reisserisch oder sachlich-nüchtern geführt werden – die KBP bleibt am Ball.

Für die KBP

Philipp Sury v/o Parcival, Berchtoldia

Masterstudiengänge gehören nicht an eine Fachhochschule!

Anderer Meinung?

Zentralk Diskussion 2004/05

Zukunft der Hochschullandschaft Schweiz

www.schw-stv.ch/kbp